



Kurzbericht

über die

155. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
am Mittwoch, dem 8. Februar 2017, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa auf Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/7381](#), über die **Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung des Beschlusses des Landgerichts Lübeck im Hinblick auf die mangelnde Gewährleistung vorgesehener Aufschlussmaßnahmen in der JVA Lübeck** entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik**, [Drucksache 18/4972](#), unverändert anzunehmen.

Im Einvernehmen mit dem beteiligten Sozialausschuss empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN dem Landtag, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**, [Drucksache 18/899](#), abzulehnen.

Auch der Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Änderung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung**, [Drucksache 18/2106](#), wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten**, [Drucksache 18/4860](#), empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem federführenden Sozialausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN, dem Landtag die unveränderte Annahme zu empfehlen.

Der Ausschluss schloss auch seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein**, [Drucksache 18/923](#), ab. Der dazu von der Koalition vorgelegte Änderungsantrag, [Umdruck 18/3359](#), wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN angenommen. In der Schlussabstimmung empfahl der Ausschuss - im

Ergebnis in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Europaausschusses - dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW die Annahme des Antrags der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/923](#), in der geänderten Fassung.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der PIRATEN sprach der Ausschuss gegenüber dem Landtag die Empfehlung aus, dem **Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht des Abg. Dr. Breyer wegen Organstreitverfahren - Az. LVerfG 1/17 -**, [Umdruck 18/7377](#), beizutreten und eine Stellungnahme dahin gehend abzugeben, die Klage abzuweisen.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/5035](#), beschloss der Ausschuss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sollen innerhalb einer Woche benannt werden.

Der Ausschuss setzte folgenden Punkt von der Tagesordnung ab:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/4815](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/4884](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN - [Umdruck 18/7383](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Umdruck 18/7385](#)

Der Ausschuss nahm in Aussicht, dem Landtag zu diesen Vorlagen zu seiner März-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Schluss: 15:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder